

Fragen

für die Fragestunde der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Dezember 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	39, 40	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	47, 48	Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	62, 63
Burchardt, Ulla (SPD)	12, 13	Marks, Caren (SPD)	8, 76
Crone, Petra (SPD)	2, 28	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	17
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	49, 50	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Gerdes, Michael (SPD)	29, 30	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hagemann, Klaus (SPD)	31, 32	Pau, Petra (DIE LINKE.)	60, 61
Herzog, Gustav (SPD)	14, 15	Paula, Heinz (SPD)	72
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Priesmeier, Dr. Wilhelm (SPD)	70, 71
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	68, 69	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	41, 42
Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65	Schwabe, Frank (SPD)	16
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 53	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	74, 75
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	45, 46	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 35
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	73

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	66, 67	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	9, 36
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	43, 44	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	55, 56

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung beim EU-Fischereirat am 15./16. Dezember dieses Jahres diesmal für Gesamtfangmengen stimmen, die strikt den wissenschaftlichen Empfehlungen entsprechen, und wenn nein, warum nicht?

2. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD) Inwieweit plant die Bundesregierung eine Weiterförderung der Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung nach Beendigung der Laufzeit 2014, je nach Start der Projekte teilweise auch schon 2013?

3. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die folgende Auffassung der Welternährungsorganisation FAO anlässlich des Klimagipfels in Durban: „Es gibt die berechtigte Sorge, dass die derzeitige Abhängigkeit des Lebensmittelsektors von fossiler Energie dessen Fähigkeit einschränken wird, die globale Nachfrage nach Lebensmitteln zu decken“?

4. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Abhängigkeit der Landwirtschaft von fossilen Energieträgern zu senken und die von der FAO geforderte „Energy-smart“-Landwirtschaft zu fördern?

5. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Aufgrund welcher Risikobewertung (Inhalte und Quellen) haben die Vertreter der Bundesregierung am 14. November 2011 im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der beantragten EU-Zulassung zweier gentechnisch veränderter Sojabohnensorten (A5547-127 von Bayer Crop Science und 305423x40-3-2 von Pioneer Hi-Breed) als Futter- und Lebensmittel zugestimmt?

6. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern ist aus Sicht der Bundesregierung eine Zulassung der Sojabohne A5547-127 bis 2021 verantwortbar, welche gegen den Wirkstoff Glufosinat-Ammonium resistent ist und bei der entsprechende Rückstände bei in die EU importierten Produkten zu erwarten sind, wenn die Anwendung dieses Wirk-

stoffes in der EU aufgrund seiner Fruchtbarkeits- und embryonenschädigenden Wirkung voraussichtlich ab 2017 verboten sein wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die Meldung von „SPIEGEL ONLINE“ vom 2. Dezember 2011 zu, dass ab Ende 2011 auf dem von der Bundeswehr betriebenen afghanischen Flughafen in Mazar-i-Sharif vier moderne raketenbestückte US-Drohnen vom Typ Gray Eagle stationiert werden, um auf Befehl der Kabuler NATO-Einsatzzentrale hin vermeintliche Taliban-Führer und andere Terrorgruppen im nördlichen Einsatzgebiet der Bundeswehr unschädlich zu machen, und teilt die Bundesregierung meine Befürchtung, dass eine solche Verschärfung der Kriegsführung zusätzlichen Hass der Bevölkerung schüren, den Aufständischen weitere Kämpfer zutreiben und Verhandlungsbemühungen zur Beendigung des Krieges erschweren oder unmöglich machen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

8. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wann legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Unterstützung der Maßnahmen für eine künstliche Befruchtung vor, damit die im Haushalt 2012 vorgesehenen 7 Mio. Euro freigegeben werden, und welche Personen sollen anspruchsberechtigt sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

9. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem „Monitor“-Bericht vom 24. November 2011, wonach die Krankenkassen in Deutschland auf mehr Pool-Blutprodukte drängen würden, womit laut Paul-Ehrlich-Institut ein höheres Risiko

einer möglichen „Übertragung von Erregern auch unbekannter Natur“ gegeben sei, und wer haftet im Übertragungsfalle für eine derart aus ökonomischen Gründen begünstigte Krankheitsübertragung – auch vor dem Hintergrund des HCV-/HIV-Skandals in den 80er-Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

10. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung die Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes einzubeziehen, wie es der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, bereits in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. November 2011 ankündigte, und welche konzeptionellen Vorbereitungen in der aktuellen Legislaturperiode sind dafür angedacht?
11. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welches Gremium (in welcher Zusammensetzung) hat für den Planfeststellungsabschnitt 16 des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit 8 entschieden, dass die sog. Verschwenktrasse gebaut werden soll, und inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung bzw. das ihr unterstellte Eisenbahn-Bundesamt als Genehmigungsbehörde im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren das dazu ergangene Votum des Deutschen Bundestages im Petitionsverfahren „Pet 1-17-12-9310-004570“?
12. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)

Sieht die Bundesregierung vor, den Tunnel B 1/40 in Dortmund in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 aufzunehmen?
13. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)

Wann ist mit der Vorlage des Investitionsrahmenplans zu rechnen?

14. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wie sinnvoll erachtet die Bundesregierung eine Ergänzung des § 1 Absatz 2 der Verkehrslärmverordnung (16. BImSchV) um eine wesentliche Änderung der Nutzungsintensität von Straßen und Schienenwegen, um Anwohner vor schädlichen Einflüssen des Verkehrslärms zu schützen, der auf ansteigende Verkehrsintensitäten ohne bauliche Veränderungen zurückzuführen ist?
15. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Welche Alternativen sieht die Bundesregierung zu einer Änderung der 16. BImSchV, um Anwohner wirksam zu schützen, die an Verkehrsstrecken wohnen, deren Verkehrsintensität sich im Laufe der Jahre zum Teil vervielfältigt und damit auch die von ihnen ausgehende Lärmbelastung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

16. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Aus welchen finanziellen Quellen stammen die rund 1,8 Mrd. Euro für deutsche internationale Klimaprojekte im Jahr 2011, von denen der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, auf der Klimakonferenz in Durban gesprochen hat, und welche dieser Mittel sind zusätzlich zu bereits bestehenden Programmen (bitte aufgeschlüsselt nach Ressorts und Titeln, soweit es den Bundeshaushalt betrifft, und gegebenenfalls Darstellung anderer Finanzierungsquellen)?
17. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- An welcher Stelle im Haushalt gibt es eine Absicherung für die Zusage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, auf der Weltklimakonferenz in Durban, wonach Deutschland im Rahmen des Green Climate Fund weitere 40 Mio. Euro für Maßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung stellt, und werden diese Mittel zusätzlich zu bereits bestehenden Projekten bereitgestellt?

18. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie genau setzen sich die in der Rede des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, auf der Weltklimakonferenz genannten „internationalen Klimainvestitionen“ der Bundesregierung in Höhe von 1,25 Mrd. Euro in 2010 und 1,8 Mrd. Euro in 2011 zusammen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Weltklimakonferenz?
19. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer hat bislang über die Auswahl von Bewerbern für Stellen beim Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) entschieden, und soll diese Praxis geändert werden?
20. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Soll die neue B-4-Stelle beim SRU ausgeschrieben werden, oder beabsichtigt die Bundesregierung, die Stelle ohne Ausschreibung zu besetzen?
21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für sich und seine obersten Bundesbehörden im Haushaltsaufstellungsverfahren 2012 Stellenbedarf geltend gemacht, dem im Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung nicht entsprochen wurde, und falls ja, welche sind dies genau?
22. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Einrichtung einer B-4-Stelle auch für den Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen (WBGU) vorgesehen, und falls nein, sind die Anforderungen an die wissenschaftlich-methodische Qualität von Studien beim WBGU geringer als beim SRU?
23. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Einrichtung einer mit B4 dotierten Stelle beim SRU angemessen und erforderlich ist?

24. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Gutachten des SRU hat die Bundesregierung wissenschaftliche oder methodische Mängel festgestellt?
25. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es in der bisherigen Arbeit des SRU Defizite gibt, etwa im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und Vernetzung oder im Bereich der Beratung gegenüber dem Deutschen Bundestag?
26. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung ein internes Papier der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP bekannt, aus dem die Fernsehsendung „Frontal 21“ am 6. Dezember 2011 wie folgt zitiert hat: „Durch die neue Stelle soll der SRU auch in seiner Außendarstellung dem unmittelbaren politischen Einfluss von Rot-Grün entwunden und dauerhaft in den personalpolitischen Einfluss- und Steuerungsbereich der Koalitionsfraktionen gebracht werden“, und teilt die Bundesregierung diese Auffassung?
27. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass seitens der Europäischen Kommission und anderer Mitgliedstaaten Anreize für die Nutzung tierischer Fette für die Biokraftstoffproduktion geschaffen wurden und werden und sowohl die Begriffsbestimmung in Artikel 2 Buchstabe e der Erneuerbare-Energien-Richtlinie die Behörden der Mitgliedstaaten nicht dazu befugt, tierische Fette von der Definition des Begriffs Biomasse auszuschließen, als auch weitere Bestimmungen der Richtlinie (Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe b, Artikel 21 Absatz 2 und Anhang III, V Abschnitt A und D) deutlich machen, dass die Nutzung von Biokraftstoffen aus tierischen Fetten für die Erreichung der Mindestziele für den Biokraftstoffanteil berücksichtigt werden müsste, den in § 37b des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) ab dem 1. Januar 2012 vorgesehenen Ausschluss aller Biokraftstoffe auf der Grundlage von tierischen Fetten von der Anrechnung auf die Mindestziele für den Biokraftstoffanteil nach § 37a BImSchG aufrechtzuerhalten, und falls ja, kann die Bundesregierung in diesem Fall ein Vertragsverletzungsverfahren seitens der Europäischen Kommission ausschließen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

28. Abgeordnete
**Petra
Crone**
(SPD) Inwiefern liegen der Bundesregierung Erkenntnisse hinsichtlich der investiven Kosten für den Bau bzw. die Modernisierung und die Einrichtung von Kantinen und Mensen vor, um an allen Ganztagschulen warmes Mittagessen zu gewährleisten?
29. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Wie verteilen sich die in der Befragung der Bundesregierung am 30. November 2011 vom Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Rachel erwähnten 84 Mio. Euro für 2012 zur Forschungsförderung im Kontext zur „Forschungsagenda für den demographischen Wandel“ im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf die unterschiedlichen Förderprogramme, Rahmenprogramme und Bekanntmachungen des BMBF, und wie viele dieser Mittel waren bereits vor der Beschlussfassung über die Forschungsagenda im Entwurf für den Bundeshaushalt 2012 eingeplant?
30. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) In welcher Höhe (und aufgeschlüsselt nach Programmen) werden sich die anderen Bundesressorts bis Ende 2016 an der Umsetzung der „Forschungsagenda für den demographischen Wandel“ beteiligen?
31. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD) Wie haben sich bei „Fusion for Energie“ (F4E) bzw. dem europäischen Fusionsexperiment ITER jeweils die Gesamtauftragsvolumina und die Auftragsvolumina an deutsche Unternehmen, die sich nach Ausschussdrucksache 17(8)1932_Zu zuletzt auf „lediglich ca. 28 Millionen Euro“ bei einem „Gesamtvolumen von 1,3 Milliarden Euro“ beliefen, mittlerweile entwickelt, und welche europäischen Forschungsprojekte sollen nach Vorstellung der Bundesregierung im Zusammenhang mit Medienberichten („Bundesregierung spart für Kernfusionsreaktor ‚ITER‘“, SPIEGEL ONLINE vom 6. November 2011) konkret gekürzt werden, „um 1,3 Milliarden Mehrkosten“ für dieses Vorhaben „aufbringen zu können“?

32. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat das Scheitern des Gesetzentwurfs zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (sog. Carbon Capture Storage – CCS) im Bundesrat am 23. September 2011 auf die im Bundeshaushalt 2012 u. a. im Einzelplan 30 im „Titel 894 40, Klimaforschung und Lebensraum Erde, Energie – Investitionen, Nummer 5“ vorgesehenen CCS-Forschungsvorhaben, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die von der Koalition im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 beschlossene Kürzung von 6 Mio. Euro in dem genannten Titel auf die einzelnen Erläuterungsnummern aufzuteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Richtlinie der EU bezüglich des Förderprogramms für fossile Kraftwerke und der damit verbundenen Auflage, dass neue Kraftwerke mit 15 Prozent der Investitionssumme nur gefördert werden, wenn die Kraftwerke vor dem Jahr 2020 die CCS-Technik einsetzen, über die in den vergangenen Tagen in der Presse berichtet wurde, und sieht sie unter diesen Gegebenheiten überhaupt eine Möglichkeit, ihr angekündigtes Förderprogramm für fossile Kraftwerke aufzulegen?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss nach der Absage der Vattenfall Europe AG, das einzige CCS-Demonstrations-Kohlekraftwerk in Deutschland zu bauen, neu positionieren (etwa ein CCS-Forschungsgesetz lediglich für prozessbedingte Emissionen aus der Industrie), und falls nein, mit welchem Erfolg rechnet sie in der CCS-Technologie bei der Kohleverstromung in den kommenden Jahren vor dem Hintergrund, dass kein Unternehmen bereit ist, diese Technologie in Deutschland derzeit anzuwenden, und den offensichtlichen Bedenken und Risiken bezüglich der großtechnischen Verpressung von CO₂?

35. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung über die 2010 bis 2011 genehmigten deutschen Rüstungsexporte nach Griechenland sowie griechische Zahlungen dafür, und welche Bemühungen unternahm die Bundesregierung, um im Rahmen der Verhandlungen über internationale Finanzhilfen entweder Griechenland zum Sparen bei Kriegswaffen- und anderen Rüstungsimporten zu bewegen oder ganz im Gegenteil Rüstungsexporte aus Deutschland und anderen EU-Staaten von den Sparauflagen auszunehmen?
36. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung schon Ergebnisse – auch Zwischenergebnisse –, ob sie die von dem aktuellen Urteil des hessischen Landessozialgerichts verunmöglichte Fusionskontrolle der Krankenkassen durch das Bundeskartellamt wiederherstellen möchte, und was haben hierzu Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundeskartellamt und dem Bundesversicherungsamt ergeben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stimmt die Antwort des Auswärtigen Amts vom 28. Juli 2011 auf die Schriftliche Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 17/6712 der Abgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul, derzufolge die beiden Sonderberater des UN-Generalsekretärs zur Verhinderung von Völkermord, Francis Deng, und zur Responsibility to Protect (R2P), Edward Luck, finanziell und politisch von der Bundesregierung unterstützt werden, mit der Antwort des Auswärtigen Amts vom 18. November 2011 auf meine Schriftliche Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 17/7764 überein, derzufolge die Bundesregierung keine materielle Unterstützung der beiden Sonderberater leistet, und inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass das gemeinsame Büro der beiden Sonderberater nicht aus freiwilligen Beiträgen einiger UN-Mitgliedstaaten, sondern aus dem regulären Haushalt der UN finanziert wird?

38. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Generalsekretärs unterbreitet die Bundesregierung in der „Group of Friends on Responsibility to Protect“ im Hinblick auf die Umsetzung der R2P?
39. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.) Welche außenpolitischen Initiativen hat die Bundesregierung im Hinblick auf das derzeit verhandelte Arms Trade Treaty ergriffen, um international dafür zu werben, auch den Handel mit Munition in den Vertrag aufzunehmen?
40. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.) Wie viele Voranfragen für Rüstungsexporte wurden seit 2005 jährlich an das Auswärtige Amt gestellt, und wie viele davon wurden im Bundessicherheitsrat behandelt?
41. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung bzw. das Auswärtige Amt, wie im Rüstungsexportbericht 2010 angeführt, zu der Auffassung gelangt, dass der Export von „Flugkörper(n), Teile(n) für Minenräumsysteme, Flugkörper(n) und Torpedos“ und „Kommunikationsausrüstung“ nach Pakistan vereinbar ist mit dem Kriterium 4 des Gemeinsamen Standpunktes des EU-Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern?
42. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) Welche Hindernisse sieht das Auswärtige Amt für die Durchführung von Endverbleibskontrollen für aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter im Empfängerland durch Personal aus Deutschland?
43. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.) Wie bringt das Auswärtige Amt die im Koalitionsvertrag angekündigte Schwerpunktsetzung auf internationale Abrüstungspolitik in Einklang mit der deutlichen Steigerung der Ausfuhren von schwerem Kriegsgerät im Jahr 2010?

44. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.) Lagen bei bestimmten Einzelfallprüfungen für die Exportgenehmigung von Kleinwaffen in Entwicklungsländer Berichte über eine verbesserte Menschenrechtslage zugrunde, und wenn ja, für welche Länder?
45. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Exportgenehmigung von Kleinwaffen nach Mexiko keine nachteiligen Effekte auf die dortige Menschenrechtslage hat, und wenn ja, warum nicht?
46. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, welche Waffen aus deutscher Produktion bei den Demonstrationen in Kairo und anderen ägyptischen Städten im Jahr 2010/2011 von Polizei und Militär gegen Demonstranten eingesetzt wurden und werden?
47. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.) Gibt es mittlerweile Informationen, die die Bundesregierung von der ägyptischen Regierung über den Verbleib der in den Jahren 2003/2004 nach Ägypten gelieferten G36-Sturmgewehre bzw. deren vermutete Weiterleitung nach Libyen erhalten hat, und wenn ja, welche?
48. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.) Was genau ist der Unterschied zwischen einer „formellen“ und einer „informellen“ Voranfrage beim Auswärtigen Amt, so wie er auf Seite 17 des Rüstungsexportberichtes 2010 gemacht wird?
49. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit hat die Bundesregierung Hinweise über Gefechte einer Gruppe von ca. 600 islamistischen Kämpfern, welche der sog. Libysche Übergangsrat, der infolge des völkerrechtswidrigen Bombardements des UN-Mitgliedstaates Libyen durch die NATO installiert wurde, mit Kenntnis seines Vorsitzenden Mustafa Abd al-Dschalil illegal über die Türkei nach Syrien eingeschleust haben soll, um dort an bewaffneten Auseinandersetzungen gegen Staatspräsident Bashar al-Assad und einer weiteren Destabilisierung der Region teilzunehmen (siehe: <http://rt.com/news/libya-syria-fighters-smuggled-475/>)?

50. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis von den Vorwürfen gegenüber höchsten Beamten bzw. politischen Funktionären der sog. Republik Kosovo, die in dem am 6. Dezember 2011 im ZDF-Magazin Frontal 21 (www.zdf.de/ZDFmediathek/content/1512100) enthüllt wurden, wonach „Staatsanwälte, Polizisten und Richter an den Machenschaften Krimineller, die auch in der Regierung sitzen“, scheitern und eine juristische Aufarbeitung von Verbrechen so gut wie unmöglich ist, weil nicht selten Zeugen sterben, bevor sie etwa hochrangige Politiker belasten können, und welche strafrechtlichen bzw. politischen Maßnahmen will die Bundesregierung gegenüber höchsten Beamten bzw. politischen Funktionären des sog. Kosovo einleiten, gegen die sich neben dem Vorwurf der sog. organisierten Kriminalität auch der dringende Tatverdacht der Kriegsverbrechen richtet, um die rechtsstaatlichen Missstände in der serbischen Teilrepublik zu beheben?
51. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Russland sowie das Vorgehen der russischen Behörden gegenüber Demonstranten, die in den vergangenen Tagen wegen Wahlfälschungen auf den Straßen russischer Städte protestierten?
52. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, sich für die Aufklärung der von der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erhobenen Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten und offensichtlichen Manipulationen während der Parlamentswahlen in Russland einzusetzen, und welche konkreten Schritte sind in diesem Zusammenhang für den EU-/Russland-Gipfel am 15. Dezember 2011 geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

53. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Zeitplan für das Planungsvereinheitlichungsgesetz, das nach Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, noch vor der parlamentarischen Sommerpause in den Deutschen Bundestag eingebracht werden sollte, und in welchem

Quartal dieses Jahres könnte aus Sicht der Bundesregierung die Novellierung frühestens abgeschlossen sein?

54. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Diskussionen um die Verbesserung der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen im Hinblick auf die Inhalte des Planungsvereinheitlichungsgesetzes, und wie bewertet die Bundesregierung nach aktuellem Kenntnisstand die ursprünglich beabsichtigte generelle Fakultativstellung des Erörterungstermins im Planfeststellungsverfahren?
55. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele der bundesweit einheitlichen gesetzlichen Feiertage fallen im Zeitraum 2000 bis 2020 auf ein Wochenende (bitte jeweils für das Jahr angeben, wenn möglich die jeweiligen Feiertage nennen), und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, die Feiertagsregelungen in Deutschland arbeitnehmerfreundlicher zu gestalten, in der Art, dass gesetzliche Feiertage, die auf ein Sonntag fallen (wie etwa der 25. Dezember 2011 oder 1. Januar 2012), durch zusätzliche Ausgleichstage ersetzt werden, etwa nach dem Beispiel Großbritanniens, wo für den Fall, dass ein fester Feiertag auf einen Sonntag fällt, der nachfolgende Arbeitstag als Ersatzfeiertag („substitute bank holiday“) erklärt wird?
56. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie gestaltet sich in den Mitgliedsländern der Europäischen Union die national einheitliche Mindestzahl der gesetzlichen Feiertage, und wie hoch ist in Deutschland das durchschnittliche tägliche Bruttoinlandsprodukt (insgesamt und je Erwerbstätigen)?
57. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass Beate Zschäpe entweder Uwe Mundlos oder Uwe Böhnhardt während ihres Untertauchens geheiratet hat, und wenn ja, ist der Bundesregierung bekannt, wie die beiden Eheleute alle für die Eheschließung notwendigen Dokumente beschafft haben?
58. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Verfassungsschützer gleichzeitig in Schützenvereinen als Mitglieder registriert sind?

59. Abgeordneter
Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, insbesondere der Entscheidung „Partidul Comuniștilor (Nepecești) und Ungureanu gegen Rumänien“ (Nr. 46626/99), bei der Bewertung der Validität der in einem neuen NPD-Verbotsverfahren vorzulegenden Beweise und der Bewertung seiner Erfolgsaussichten bei?
60. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse wurden in der Datei „Rechtsextremistische Kameradschaften“ erfasst, und aus welchen Gründen wurde die Datei 2010 gelöscht?
61. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie viele gewaltbereite Rechtsextremisten, gegen die wegen einschlägiger Straftaten ermittelt wurde, haben sich den Ermittlungen entzogen, und gegen wie viele wurde daraufhin Haftbefehl erlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

62. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)
- Über welche Datenlage bzw. Statistiken verfügt die Bundesregierung in Bezug auf Verurteilungen von Mandatsträgern rechtsextremer Parteien auf Kommunal- und Landesebene in der Bundesrepublik Deutschland, und wie viele Verurteilungen können dabei politisch motivierten Straftaten insgesamt zugeordnet werden?
63. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)
- Wie viele Verurteilungen rechtsextremer Mandatsträger wurden bundesweit wegen Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuchs (StGB) und wie viele wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole nach § 86a StGB ausgesprochen?
64. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen haben nach Einschätzung der Bundesregierung eine frühe Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren und damit zusammenhängend alternative Konfliktlösungsinstrumente wie Mediation und Schlichtung auf die Arbeitsentlastung der Gerichte, und welche Zeiteinsparung hält die Bundesregierung für möglich?

65. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Verwaltungsstreitigkeiten hat die Bundesregierung im Blick, wenn die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, auf tagesschau.de mit Stand vom 12. Januar 2011 dahingehend zitiert wird, dass auch im Streit mit der Verwaltung oft eine Mediation möglich sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

66. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche einkommensteuerlichen Festwerte (Freibeträge, Freigrenzen, Pauschbeträge usw.) existieren, und wann erfolgte deren letztmalige Anpassung (bitte mit Nennung der prozentualen Änderung)?
67. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung es für sachgerecht, infolge von inflationären Entwicklungen neben einer Tarifanpassung für den synthetischen Einkommensteuertarif auch den Sparerpauschbetrag anzupassen?
68. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Durch welche Instrumente, die über den bisherigen Existenzminimumbericht hinausgehen, soll nach dem vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression eine Überprüfung der Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf ab der 18. Legislaturperiode im Zweijahresrhythmus erfolgen, und aus welchem Grund wurde diese Absichtserklärung nicht verpflichtend in den Kabinettsentwurf aufgenommen?
69. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- In welchen Grenzen können im Rahmen von nachträglichen Beratungen bzw. Anpassungen noch Änderungen an dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt vorgenommen werden, ohne dass das Abkommen neu auszuhandeln wäre, und wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Abkommen vorlegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

70. Abgeordneter
**Dr. Wilhelm
Priesmeier**
(SPD) Welche Träger der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) haben seit Inkrafttreten des LSV-Modernisierungsgesetzes welche Aufgaben an Dritte übertragen?
71. Abgeordneter
**Dr. Wilhelm
Priesmeier**
(SPD) Wie wurden die beauftragten Dritten ausgewählt, und welche finanziellen Mittel haben die Träger der LSV seit 2008, aufgeschlüsselt nach Träger, Inhalt und Umfang bereitgestellt?
72. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD) Wie oft haben im vergangenen Jahr die Selbstverwaltungsorgane der LSV getagt, und wie hoch ist die Aufwandsentschädigung für die Beteiligten?
73. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wie ist aus Sicht der Bundesregierung mit Aufwandsentschädigungen für eine Spezialfortbildung für ehrenamtliche Feuerwehrausbilderinnen und -ausbilder im SGB-II-Bezug (SGB II = Zweites Buch Sozialgesetzbuch) hinsichtlich der Anrechnung auf den Regelsatz zu verfahren, wenn diese Aufwandsentschädigungen über 175 Euro liegen und die konkreten Aufwendungen im Einzelnen gegenüber der Behörde nachgewiesen wurden?
74. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.) Wie steht die Bundesregierung zur Forderung der Bundesvereinigung der Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte (BVWR), den § 4 der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) analog zur diakonischen WMVO so zu erweitern, dass die Werkstatträte Einfluss nehmen können auf Fragen der Ordnung am Arbeitsplatz, der täglichen Beschäftigungszeit, des Urlaubsplans, der Gestaltung der Arbeitsentgelte, der Anwendung technischer Einrichtungen, auf die Planung von Um- und Erweiterungsbauten bis hin zur Einstellung von Fachpersonal (siehe „Positionspapier zur Weiterentwicklung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung“ vom 1. Juli 2011, S. 5/6)?

75. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Bis wann wird die Bundesregierung mit Blick auf Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) den Begriff „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ in § 136 Absatz 2 Satz 1 SGB IX streichen, weil eine Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nichtwerkstattfähigen“ Menschen nicht mit der seit dem 26. März 2009 rechtsgültigen BRK vereinbar ist (siehe auch „Grundsätze für die Weiterentwicklung der Teilhabe am Arbeitsleben“ Positionspapier von 15 Sozialverbänden vom 26. Oktober 2011)?
76. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Kosten für die geplante Ausweitung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, und durch welche konkreten Einsparungen im Bundeshaushalt soll diese Ausweitung finanziert werden?

